

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 19

Artikel: "Pferde-Express" heisst die Alternative : Serbien und die internationalen Sanktionen
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093187>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Serbien und die internationalen Sanktionen

«Pferde-Express» heisst die Alternative

Es scheint, dass die nach Einführung wirtschaftlicher Sanktionen von der serbischen Regierung getroffenen Massnahmen die einstige zynisch-humoristische Definition bestätigt, wonach der Kommunismus «die Aufteilung des Elends in gleiche Teile» sei. Darauf hat sogar die Regierung selbst verwiesen, als sie erklärte, es sei ihre Absicht, dass «jeder gleichmässig die Bürde der Strafbestimmungen tragen» solle, und wenn nötig würde sie auch ein System der administrativen Intervention bis hin zur «Kommandowirtschaft» entwickeln, was die völlige Ausmerzungen des da und dort bestehenden freien Marktes bedeuten würde.

Vorläufig hat sich die Regierung damit begnügt, ein Zuteilsystem für Erdölderivate einzuführen, den Getreide- und Mehlhandel zu begrenzen, die Höchstgrenze der Preise für Grundartikel zu bestimmen und die Erzeugerbetriebe zu zwingen, ihre Waren auf den Markt zu bringen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis geahndet. Hingegen hat sie — was auch einleuchtend ist — allen Angestellten von Betrieben, die wegen der Sanktionen stillgelegt werden müssen, ein Entgelt aus der Firmenkasse zugesichert, statt dass sie, wie unter solchen Umständen üblich, einfach entlassen werden. Als Ausgleich sind Spitzengehälter auf das Dreieinhalbfache des niedrigsten Lohnes (für unqualifizierte Arbeit) begrenzt worden.

Kollaps steht noch bevor

Mit diesem «Überlebensprogramm» mogelt sich die Regierung durch die Prozedur in der Nationalversammlung, wo die Regierungspartei allerdings sowieso vier Fünftel der Sitze innehat. Unterdessen sparen die Oppositionsparteien und besonders ein wichtiger Teil der Wirtschaft nicht mit harschen Worten gegen die Massnahmen. Die einzig vernünftige Lösung sehen sie nämlich im Kampf gegen die Aufhebung der Sanktionen, weil ihrer Ansicht nach alles andere die ohnehin ruinierte Wirtschaft nur endgültig zugrunde richtet.

Indessen kann der Produktionsrückgang — die Produktion beträgt noch 15 Prozent des Ertrages von 1989 — nicht auf die Sanktionen allein zurückgeführt werden. Man kann sogar behaupten, dass deren Auswirkungen erst noch bevorstehen, weil die Strafmassnahmen zu einem Zeitpunkt ergriffen wurden, als die serbische Wirtschaft noch über einen Vorrat an Waren verfügte, die jetzt konsumiert werden.

Die Probleme werden sich also erst dann zeigen, wenn dieser Vorrat aufgebraucht ist. In der Tat erlebt die Wirtschaft bereits seit einigen Jahren eine Talfahrt, die seit 1991 noch an Tempo zugenommen hat. So musste, auch ohne internationale Sanktionen, demnächst mit dem Stillstand gerechnet werden.

Neuaufgabe des alten Totalitarismus

Zugestandenermassen ging es nicht allen Unternehmen schlecht. Viele waren wirtschaftlich erfolgreich. Und diese sind es denn heute auch, die einen schnellen Ausweg aus der internationalen Blockade wollen, in welche sie die Politik der jetzigen serbischen Führung — und das unterstreichen sie — geführt hat.

Diejenigen Unternehmen, die zuvor schon schlecht gewirtschaftet haben, bleiben dagegen viel stiller. Sie können ja auch ihre wirtschaftliche Misere mit den Sanktionen begründen. Sogar die Opposition behauptet (ob gerechtfertigt oder nicht, sei dahingestellt), dass die gegenwärtigen Sachzwänge dem herrschenden System zugute kommen, weil das serbische Regime mit seiner falschen Politik sich nicht nur hinter den internationalen Boykottmassnahmen verstecken kann. Statt dass das Regime die dringend nötigen demokratischen Reformen in Gesellschaft und Wirtschaft an die Hand nimmt, beschert es zudem unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Sanktionen Serbien eine Neuaufgabe des altbekannten Totalitarismus, indem es sich auf diejenigen Zufriedenen stützen kann, die von den obengenannten Massnahmen profitieren. Dies um so mehr, als auch solche Arbeitnehmer davon profitieren, de-

ren Unternehmen bereits vor den Sanktionen in einer tiefen Krise steckten wie beispielsweise die Auto-Industrie.

Konkrete Zahlen über Arbeitslose, die dennoch entlohnt werden, sind nicht erhältlich. Aber es soll etliche Industriezweige geben, wo nur 25 bis 30 Prozent der Belegschaft die Unternehmen in Gang halten, während der Rest auf bezahltem Urlaub ist. Zur Vervollständigung des rosa Bildes, das die Regierung malt, sei beigefügt, dass die Läden, sogar auch mit Importware, noch relativ gut versorgt sind, obwohl sich inzwischen über den Handel der verhängnisvolle Schatten einer wenig rosigen Zukunft gelegt hat, weil die Preise die Kundschaft bereits um die Hälfte verringert haben.

Wirtschaft setzt Druck auf

Der politische Optimismus mit Schlagworten wie «wir werden überleben» und die wohl vermessene Prognose, «dass die Blockade drei Monate dauern wird» (warum gerade diese Frist — vielleicht, weil dann der völlige Zusammenbruch ansteht?), bedeuten nur das Hinausschieben der unumgänglichen Erkenntnis, dass die serbische Wirtschaft sich in einer katastrophalen

Lage befindet, die auch durch zusätzlichen Notendruck nicht gerettet werden kann. Anstatt den Kopf in den Sand zu stecken, müsste die serbische Führung sich von ihrem verlogenen Optimismus lösen und das tun, was offensichtlich unvermeidbar ist.

«Die Politiker haben uns die Blockade eingebrockt, also müssen sie uns da auch wieder hinausziehen», haben die Geschäftsleute an ihrem Julitreffen in Belgrad erklärt, und damit stillschweigend eine Änderung der Politik gefordert. Und um die Informationssperre zu durchbrechen, haben sie ihre Beurteilung der Lage und ihre Forderungen in Form bezahlter Inserate publiziert.

Ihr wichtigstes Fazit war, dass es einfach keine «Anpassung» gebe. Da helfen auch keine Versuche, die Moral der Öffentlichkeit neu zu beleben, wie beispielsweise mit Nachrichten in der Haupttagesschau des Belgrader Staatsfernsehens, wonach es einer Werkstätte gelungen sei, eine Stoffdruckmaschine zu bauen; oder, was die Grenze des Unsinnigen ist, aus Nis sei ein Gesuch eingereicht worden, das wegen Treibstoffmangels gegründete Unternehmen «Pferde-Express» zu genehmigen, das mit einer Art Postkutsche Reisende zwischen Nis und Belgrad (240 km) via Autobahn befördern wolle.

Bestellschein für zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement zeitbild zu Fr. 59.- (Ausland sFr. 65.-/DM 74.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an zeitbild, Postfach, CH-3000 Bern 6

LESERBRIEFE

Panić als Hoffnungsträger?

Forderungen nach Änderungen werden ausschliesslich an die serbische Führung gerichtet, nicht nur, weil angenommen wird, dass sie der einzige Gestalter der irrigen Politik ist, sondern weil erstens die serbische Wirtschaft — unverhältnismässig schwerwiegender als die montenegrinische — einen entscheidenden Einfluss auf den ganzen Raum ausübt und zweitens die neue Bundesregierung bis auf weiteres die ökonomische Führung laut Premier Panić den beiden Republiken überlassen, während sich der Bundesstaat auf die internationalen Beziehungen konzentrieren will, um so bald wie möglich die Aufhebung der Sanktionen gegen Serbien und Montenegro zu erzielen.

Dies kommentierte die Opposition bissig mit der Unterstellung, nun müsse die serbische Führung allein den Brei auslöffeln, an dem auch die Bundesregierung mitgekocht habe. Das dürfte allerdings nicht ganz zutreffen. Als erfahrener Geschäftsmann weiss Panić nämlich, dass aus dem unvermeidlichen Zusammenbruch nur ein langer und dorniger Weg hinausführt, wenn tatsächlich zugewartet würde, bis die Serben «ihren Brei ausgelöffelt» haben.

Wahrscheinlicher ist deshalb die Spekulation Panićs, wonach er einerseits noch genügend Kredit im Ausland hat, um Verhandlungen über die Aufhebung von Sanktionen zu führen, und andererseits könnten innenpolitisch die dringend nötigen Reformen eingeführt werden. Sollte Panić die Aufhebung der Blockade gelingen, wäre seine Position dann so weit gestärkt, dass er innenpolitisch energisch Druck aufsetzen könnte bei der Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen.

Im übrigen hat Panić bereits bisher versucht, sich in die Wirtschaftspolitik einzumischen. So hat seine Regierung mehrere Gesetzesentwürfe veröffentlicht, unter denen demjenigen über die Jugoslawische Nationalbank besondere Bedeutung zukommt. Demnach würde diese die monetäre Politik selbstständig gestalten mit dem Hauptziel, den Dinar auf eine gesunde Basis zu stellen. Und hierzu ge-

hört auch Panićs offensichtliches Bestreben, die durch den Krieg zerrütteten wirtschaftlichen Beziehungen mit dem bisherigen gesamtjugoslawischen Raum wieder herzustellen.

Rückkehr zum gemeinsamen Markt?

Auch wenn die slowenische und die kroatische Regierung gegen Belgrad öffentlich polemisieren, sind sie doch beide auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Restjugoslawien angewiesen. In besonderem Masse gilt das für Kroatien, wo die Durchschnittslöhne sich halbiert und die monatliche Inflationsrate, die zuvor schon nie unter 15 Prozent betrug, inzwischen auf 30 Prozent angestiegen ist. Auch Slowenien, das verglichen mit Kroatien in einer etwas besseren Lage ist, hat allen Grund, über eine Rückkehr auf den serbischen Markt nachzudenken. Zwar hat sich seit kurzem die monatliche Inflationsrate auf 5–8 Prozent stabilisiert, aber der Produktionsrückgang beträgt 20 Prozent gegenüber dem Jahresanfang, und die Arbeitslosenquote hat auch 40 Prozent erreicht.

Gegenwärtig dreht sich das Rad allerdings in die andere Richtung: Der Krieg geht weiter, der internationale Druck hat eine Intensität erreicht, der die Serben in Agonie und Resignation treibt, und diese übermächtige Psychose lässt sie wieder Slobodan Milošević, den «Kämpfer um die Nation», sich zuwenden. Eine Umfrage der sich um Unabhängigkeit bemühenden Belgrader Wochenzeitschrift «NIN» zeigte denn auch, dass 42,5 Prozent der Serben wieder Milošević ihr Vertrauen schenken gegenüber 32 Prozent anfangs Sommer, während Bundespremier Panić 38 Prozent erreicht. Alle anderen Politiker sind weit abgeschlagen. In einem solchen Klima, kombiniert mit dem zur Schau getragenen Optimismus der serbischen Regierung, bildet sich kaum ein Bewusstsein für die Notwendigkeit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen. Ohne diese bleibt aber nur eine «Rosskur» oder eben der «Pferde-Express» übrig.

Ljubomir Matić

Aus Kroatien kommt der Bericht einer geflüchteten Kosovo-Albanerin, den wir hier wiedergeben wollen.

1989 wurde öffentlich bekannt (in Jugoslawien), dass Polizei und Truppen aus Serbien nach Kosovo geschickt wurden, die die Autonomie gewaltsam beendeten und ein Besatzungsregime errichteten. Zuvor schon hatte eine Kampagne voller Lügen und Behauptungen begonnen, wonach Kosovo serbisch sein und unter serbischer Verwaltung bleiben müsse. Als Hauptargument wurde angeführt, dass 600 Jahre zuvor sich auf diesem Gebiet mittelalterliche serbische Fürstentümer befanden. Ausserdem fand 1389 die sogenannte «Schlacht auf dem Amselfeld» statt, um die Ausbreitung des osmanischen Reichs zu verhindern, womit die serbische Besiedlung untermauert werden sollte. Verschwiegen wurde dabei, dass die Gegend schon über 2000 Jahre von Albanern besiedelt war. Die Serben verloren die Schlacht, aber sie schufen eine Legende.

Vertreibung von Albanern

Mit der gewaltsamen Abschaffung der Autonomie begann für die albanische Bevölkerung Kosovos eine Zeit harten Lebens und von Unfreiheit. Innerhalb eines Jahres verjagten die Serben 90 000 von zuvor 150 000 albanischen Arbeitern von ihren Arbeitsplätzen. Innerhalb von zwei Jahren erschossen serbische Polizei und Armee etwa 200 Albaner. Im gleichen Zeitraum wurden etwa 1000 Leute unschuldig zu Gefängnisstrafen verurteilt. Diese Misshandlungen dauern bis heute an.

Alle Schulen, welche in albanischer Sprache unterrichteten, und die Universität von Pristina wurden geschlossen. Fernsehen und Radio stellten die Programme in albanischer Sprache ein, und die einzige albanischsprachige Zeitung erscheint auch nicht mehr.

Flucht ins Ausland

Wegen dieser Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage

verliessen innerhalb von drei Jahren rund 200 000 überwiegend junge Albaner den Kosovo in Richtung Westeuropa. Etwa 100 000 leben jetzt in Kroatien, Slowenien oder Bosnien-Herzegowina. In Kroatien haben sie ein schwieriges Leben, denn sie gelten als Ausländer ohne gültige Ausweise — selbst jene, die dort Immobilien besitzen oder Geld investiert haben. In Slowenien ist die Situation etwas besser, aber nicht frei von Schwierigkeiten. In Bosnien-Herzegowina wurden von den serbischen Angreifern zuerst die Albaner getötet. Bis jetzt wurden mehrere hundert getötet, der Rest ist geflohen.

Die politischen Parteien der Albaner im Kosovo trafen sich, um einen friedlichen Ausgleich mit den Serben zu suchen. Als Besatzer im besetzten Land wollten die Serben keinerlei Dialog mit den Albanern. Alles, was sie wollen, ist Krieg, um einen ethnisch reinen Kosovo zu schaffen, wo nur Serben leben.

Als Jugoslawien in unabhängige Staaten zerfiel, wollten die Albaner ihr demokratisches Recht ausüben, einen Staat Kosovo zu schaffen. In einer geheim organisierten und durchgeführten Wahl wurden ein Parlament und ein Präsident der zukünftigen Republik gewählt, wobei serbische Polizei öfter in Wahllokale eindrang und Leute umbrachte. Ein früherer Versuch, eine öffentliche Abstimmung zu organisieren, war verboten worden.

Vor einem Genozid im Kosovo?

Bis jetzt können Parlament und Präsident nicht arbeiten, für Serbien existieren sie nicht. Die Politiker Kosovos wollen die Krise ohne Krieg beenden, um ein Massensterben wie in Kroatien oder Bosnien-Herzegowina zu vermeiden. Die Albaner sind noch nicht auf einen Krieg vorbereitet (keine Armee, zu wenig Waffen). Auch Serbien scheint sich noch nicht auf einen Krieg im Kosovo einlassen zu wollen, weil die Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina noch nicht beendet sind. ■